Unterrichtung

Hannover, den 16.05.2024

Die Präsidentin des Niedersächsischen Landtages
- Landtagsverwaltung -

Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2019

Verbesserungsbedarf bei der Personalplanung an berufsbildenden Schulen

Beschluss des Landtages vom 14.09.2021 - Drs. 18/9924 Nr. 40
Antwort der Landesregierung vom 02.03.2022 - Drs. 18/10866
Beschluss des Landtages vom 22.09.2022 - Drs. 18/11764 II Nr. 5 j
Antwort der Landesregierung vom 01.03.2023 - Drs. 19/757
Beschluss des Landtages vom 11.10.2023 - Drs. 19/2564 II Nr. 5 h - nachfolgend abgedruckt:

Der Ausschuss für Haushalt und Finanzen teilt die Auffassung des Landesrechnungshofs, dass mit der Antwort der Landesregierung den Forderungen zum Stellenausgleichsverfahren Genüge getan wurde.

Bezüglich der Niedersächsischen Arbeitszeitverordnung Schule erwartet der Ausschuss, dass die Landesregierung bei der Novellierung der Arbeitszeitverordnung die Hinweise des Landesrechnungshofs zu den Höchstgrenzen von Mehr- und Minderzeiten aufgreifen wird.

Über das Veranlasste ist dem Landtag bis zum 31.05.2024 zu berichten.

Antwort der Landesregierung vom 13.05.2024

Grundsätzlich ist zunächst zu konstatieren, dass die Antwort vom 01.03.2023 (Drs. 19/757) der Landesregierung in Bezug auf die Begründung für das Aufkommen von Plus-/Minusstunden unverändert gültig ist.

Darüber hinaus ist sowohl den Schulleitungen der öffentlichen berufsbildenden Schulen als auch den schulfachlichen Dezernentinnen und Dezernenten der Regionalen Landesämter für Schule und Bildung (RLSB) auf Dienstbesprechungen im Jahr 2023 die rechtliche Bedeutung der in § 4 Abs. 2 Satz 4 der Niedersächsischen Verordnung über die Arbeitszeit der Beamtinnen und Beamten an öffentlichen Schulen (Nds. ArbZVO-Schule) geregelten Sollvorschrift erneut dargelegt worden. Die Schulleitungen besitzen im Bereich der öffentlichen berufsbildenden Schulen die personalrechtliche Hoheit und zeichnen entsprechend für die Einhaltung u. a. dieser Rechtsvorschrift verantwortlich. In den genannten Dienstbesprechungen sind die Schulleitungen ferner auf das Instrument des freiwilligen Arbeitszeitkontos gem. § 6 Nds. ArbZVO-Schule hingewiesen worden; das Verfahren zur Beantragung ist ihnen erläutert worden.

Auch im Rahmen der jährlich stattfindenden Dienstbesprechungen der Verwaltungskräfte an öffentlichen berufsbildenden Schulen sowie auf den Dienstbesprechungen zur von den Schulen zu erstellenden Hauptstatistik sind die Teilnehmenden aller öffentlichen berufsbildenden Schulen im Jahr 2023 ausdrücklich auf die Einhaltung der Nds. ArbZVO-Schule sowie das Instrument des freiwilligen Arbeitszeitkontos hingewiesen worden.

Das Kultusministerium (MK) wird auch auf den kommenden Dienstbesprechungen den Sachverhalt erneut thematisieren, um so das Bewusstsein aller Beteiligten für die generelle Problematik zu schärfen.

Im Rahmen der Sitzungen der „Arbeitsgemeinschaft der berufsbildenden Schulen Personal- und Ressourcenmanagement“ (AG BBS PeRManent), in der die Gremien sowie Verbände bzw. Gewerkschaften im Bereich der beruflichen Bildung gemeinsam mit Vertretungen des MK sowie der RLSB vor allem ressourcenwirksame Fragestellungen der beruflichen Bildung diskutieren, ist das Thema ebenfalls erörtert worden, um auch hier ein Bewusstsein für die Thematik zu schaffen.

Im Rahmen verschiedener Arbeitsgruppen sowie im Dialogforum II zur Lehrkräftegewinnung ist die Relevanz der Überarbeitung der Nds. ArbZVO-Schule deutlich thematisiert worden.

(Verteilt am 23.05.2024)